

Thema:

# Genossenschaften, Volks- und Raiffeisenbanken und Sparkassen

Eigene und andere Texte

Tristan Abromeit

Start September 2012

Text 108.0

Motive der Veröffentlichung und Übersicht der Texte

Text 108.2.2

Wolfgang Schäuble der Heinrich Brüning unserer Zeit?

Versuch einer antiaufklärerischen Berichterstattung entgegenzuwirken

von

Tristan Abromeit

17./18. September 2012

# Wolfgang Schäuble der Heinrich Brüning unserer Zeit?

Versuch einer antiaufklärerischen Berichterstattung entgegenzuwirken

von

Tristan Abromeit

17./ 18. September 2012

**Ich habe großen Respekt vor den Ökonomen,  
ich bewundere die seltene Geduld, mit der sie in  
gewaltigen Werken ihre Anschauungen über relativ  
unwichtige Fragen niedergelegt haben, bin aber erstaunt,  
wenn ich sehe, mit welchem kriminellen Leichtsinns  
sie die Untersuchung des Geldes betrieben haben –  
der Grundlage der gesamten Nationalökonomie.**

*Silvio Gesell*

Die argentinische Währungsordnung  
- Ihre Vorteile und ihre Verbesserung  
von S. G., Buenos Aires: Selbstverlag 1893  
Aus Gesammelte Werke Band. 1 , Seite 301

Der Haupttitel dieses Textes beabsichtigt keine Abwertung unseres Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble. So wie ich ihn in den Medien wahrnehme, handelt es sich um einen ehrenwerten und respektablen Mann, aber das war Heinrich Brüning auch, obwohl er durch seine Deflationspolitik der NSDAP die Machtergreifung ermöglicht hat.<sup>1</sup> Ich versuche hier auch keine Abwertung aller weiteren Personen, die ich noch erwähnen werde. Ich denke, sie alle werden aus innerer Überzeugung sagen und berichten, was ich zu kritisieren habe. Das was die Gesellschaften wohl wirklich formt, ist die jeweils zur Herrschaft gelangte Idee, egal, ob sie mehr liberal oder sozialistisch, mehr zentralistisch oder dezentral ist, mehr vom autonomen Bürger oder unmündigen Untertanen ausgeht. Ich argumentiere hier gegen falsche Vorstellungen von der Währung, die uns erneut in das Verderben führen können. Die Auseinandersetzung muß also nicht um Personen geführt werden, sondern um die sachgerechte Deutung von Problemen und ihren Lösungen. Der Professor der Staatswissenschaften Erich Reig-

<sup>1</sup> Siehe dazu: "Inflation und Deflation zerstören die Demokratie" von Gerhard Ziemer, 1971

<http://de.wikipedia.org/wiki/Deflationspolitik>

[http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich\\_Br%C3%BCning](http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Br%C3%BCning)

"Gegen den Strom" von Johannes Schumann, 1986, der wurde wegen seines Kampfes gegen die Inflationspolitik innerhalb der SPD aus dieser Partei ausgeschlossen.

rotzki schrieb mir auf eine Anfrage zu seiner Einstellung zum Kompromiß im hohen Alter  
1991:

> So etwa: gegen Menschen tolerant, aber völlig intolerant in der Sache. In der Politik (Bundestag) ist es meist total umgekehrt: Da pöbelt man sich erst an, und fällt hinter der Scene in irgendeinen elenden Kompromiß zurück. <

Bei Gustav Cassel, dem großen schwedischen Ökonomen vergangener Tage, heißt es dazu in "Sozialismus oder Fortschritt" 1928 auf Seite 182:

> Nichts kann wünschenswerter sein als der Versuch, verschiedene Gesellschaftsklassen zu einigen und sie dazu zu bringen, das große Gemeinsame zu erkennen, das sie verbindet. Dorthin müssen wir kommen. Aber wir wollen uns nicht vorstellen, daß wir uns diesem Ziel auf dem falschen Wege eines verwirrenden Kompromißdenkens nähern können. Der Kampf zwischen den verschiedenen Auffassungen über die richtigen Mittel zur Förderung des gemeinsamen Besten muß ausgekämpft werden, bis alle falschen Vorstellungen ausgemerzt sind und volle Klarheit gewonnen ist. Der große soziale Gemeinschaftsgedanke bekommt seinen wirklichen Wert erst dann, wenn er mit dem bestimmten Willen verbunden wird, die Wahrheit zu suchen und alle vorgefaßten Meinungen aufzugeben, um zu einem wirklichen Fortschritt vorzudringen. <

Die Forderungen oder die Mahnung von Gustav Cassel ist nicht leicht zu erfüllen, denn die Erkenntnisfallen auf dem Weg zur richtigen Einsicht sind zahlreich. Und ich bin mir bewußt, daß auch das falsch sein kann, was ich vortrage. Aber selbst wenn es falsch ist, was ich sage, ist es dennoch nützlich, daß ich es öffentlich sage, denn es setzt in jedem Fall ein Fragezeichen hinter die Aussagen, die in den Medien zum Thema Verschuldung und Gefährdung des Euro zu hören und zu lesen sind.

Der Impuls für diesen Text hat ein Bericht in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung gegeben, auf den ich mit einem Leserbrief antworten wollte. Da es mir aber nicht möglich schien, in einem Leserbrief in verständlicher Form unterzubringen, was zu sagen ist, habe ich mich entschlossen, einen weiteren Beitrag davon für die Textreihe Genossenschaften - Sparkassen zu machen. Ich werde die einzelnen Beiträge, die mir vor die Augen kamen auszugsweise einfügen und kommentieren.

### Verstand in der Trompete

Wir haben uns verrannt, wir Deutschen, mit unserer Euro-Arroganz.  
Es wird Zeit für den Abschied von IRRTÜMERN UND ILLUSIONEN,  
Zeit für die Erkenntnis, dass wir in Europa nur zu gewinnen haben.

Der Zwischenruf aus Berlin von HANS-ULRICH JÖRGES, Stern Nr. 37/2012

Es ist kaum mehr zu ertragen. Die dummstolzen deutsch-nationalen Töne, die unseren Verstand in der Trompete verschwinden lassen. Die zu Schlagzeilenkonfetti gestanzten Abfälligkeiten über den europäischen Süden, der die Siesta liebt und es nur auf unser Geld abgesehen hat.

Das Frankfurter Allgemeine Zetern über die Inflation, die ein Notenbanker mit falschem Pass und spätrömischen Geld-Gen über uns heraufbeschwört. Wir baden im Euro-Jammer. Selbstmitleid und Wut kämpfen um die deutsche Seele.

Die Menschen verstanden den währungspolitischen Zerstörungsmechanismus in der Weimarer Republik nicht und suchten die Ursachen nicht in fehlerhaften Vorstellungen von der Währung, sondern lokalisierten die Fehler fälschlicherweise in Personen, die sie dann als die Schuldigen verurteilen konnten. Und solche „Schuldige“ glaubte man in den Juden gefunden zu haben. Die tragischen Folgen kennen wir. Aber heute reagieren viele Menschen genauso. Weil Hans-Ulrich Jörges – und seine Kollegen in anderen Medien – keine wirkliche Aufklärung betreiben, suchen die Menschen, die sich zurecht in ihrer ökonomischen Existenz bedroht fühlen, die Schuldigen in den „faulen Südländern“. Und vermutlich ist es auch heute so, wie zu den trüben Zeiten, die hinter uns Deutschen liegen, daß der persönlich bekannte Südländer aus dem Pauschalurteil herausgenommen wird, wie damals der jüdische Nachbar oder Geschäftsfreund aus dem Pauschalurteil herausgenommen wurde. Gebt also den Menschen Erklärungen für die verwirrenden Vorgänge und sie werden ihr törichtes Verurteilen unterlassen.

Jörges bemerkt richtig:

Das beginnt mit der Selbsttäuschung, wir seien die Lehrmeister und Vorbilder Europas. Ja, die Deutschen waren es, die den anderen bei der Geburt des Euro eiserne Stabilitätskriterien aufgezwungen haben. Aber wir waren es auch, zu Zeiten des Kanzlers Gerhard Schröder, die als Erste den Bruch dieser Auflagen straflos vorexerziert haben. Wir haben das Gift unmäßiger Staatsverschuldung ausgestreut, von dem nicht nur die Griechen genascht haben. Heute nötigen wir ganz Europa zu würgenden Sparhaushalten, doch wir selbst sparen keinen Cent. Wir geben aus, mit vollen Händen, aus sprudelnden Steuerquellen. Müssten wir sparen wie die Spanier, würde unser kommoder Parteienstaat zerbrechen.

Die Verschuldungspolitik hat eine Ursache in der Täuschung der Wähler durch die Politiker, daß der Staat mehr ausgeben könnte, als er durch Steuern den Bürgern nimmt, aber eben nicht nur, sondern auch in dem keynesianischen konjunkturpolitischen Ansatz, man könne mit der Staatsverschuldung – deficit spendig – den Nachfrageausfall im privatwirtschaftlichen Bereich kompensieren. Hieran war die Vorstellung gekoppelt, daß nach Überwindung der Flaute, die so entstandenen Staatsschulden wieder abgebaut werden. Das hat wohl noch in keinem Staat geklappt. Außerdem sind die Verschuldungsursachen der ersten Art auch nicht nur eine Erscheinung unserer Zeit. Bei Gustav Cassel heißt es dazu:

> Es scheint überhaupt schwer zu sein, sich ein klares Bild darüber zu machen, ob ein Volk als Ganzes gezwungen ist, von seinem Einkommen zu leben, d.h. von dem Ertrag seiner Produktion. Besonders irreführend ist hierbei die Möglichkeit, im Auslande Geld zu leihen, denn solche Anleihen haben ja zur Voraussetzung, daß andere Völker einen Teil ihrer Einkommen zur Verfügung stellen und es damit dem anleihenehmenden Volk ermöglichen, über sein Einkommen hinaus zu leben. Das kann natürlich nur für kurze Zeit geschehen. Denn ein Volk, welches geliehene Mittel auf diese Weise verwendet, wird natürlich ärmer und ärmer, verpfändet sein Vermögen an das Ausland und wird für viele und lange Jahre dem Ausland zinspflichtig. Dadurch wird es für diese Zeit zu einer entsprechenden Herabsetzung seiner Konsumtion gezwungen. Früher haben sich ja nur sehr zweifelhafte Staaten einer solchen leichtsinnigen Haushaltführung schuldig gemacht. Aber augenblicklich (1920) hat sich offenbar fast ganz Europa auf diesen Weg begeben und glaubt wenig arbeiten, aber gut leben zu können, während Amerika das Fehlende ergänzen darf. Das wird sich jedoch, wie wir weiter unten näher sehen werden, nicht lange fortsetzen lassen. Europa wird bald durch die Macht der Verhältnisse zu der Einsicht kommen, daß es sich während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren einer Illusion hingegeben hat, und daß der Lebens- und Arbeitsstandard, den man glaubte anlegen zu können, tatsächlich unmöglich war. < (S.15)

An anderer Stelle sagt Cassel auch im Hinblick auf die Reparationen, die Deutschland zahlen sollte, daß ein Volk seine Schulden nur aus den laufenden Einnahmen zahlen könnte und wenn man von ihm die Tilgung einer Schuld verlangt, dürfe man ihm die Möglichkeit zur Tilgung nicht zerstören. Das ist ja wohl ein Hinweis, der von den Gläubigern Griechenlands gar nicht berücksichtigt wird. Görges schreibt weiter:

> ...Wir maßen uns ein Vetorecht an, weil wir auf der prallsten Kasse sitzen. Das ist unhaltbar.

Andere können Mehrheiten gegen uns organisieren,  
das haben wir zu ertragen.

Und wir müssen so souverän sein zu erkennen,  
dass sie recht haben können. In der Europäischen  
Zentralbank (EZB) ist das schon so. Bundesbank-Prä-  
sident Jens Weidmann - im EZB-Rat isoliert, mit nur  
einer Stimme wie der Kollege aus Malta - sträubt  
sich gegen den Kauf von Staatsanleihen Notleiden-  
der Staaten, um deren Zinslast zu drücken. Hätte er  
das Sagen, wäre der Euro schon zerbrochen. .. <

Hier zeigt sich, daß Hans-Ulrich Jörges von den politischen Wirkungen sehr viel versteht, von  
den Sachzusammenhängen aber wenig. Ich füge hier mal einen Ausschnitt aus dem Morning-  
Briefing des Handelsblattes – gezeichnet mit Gabor Steingart, Chefredakteur - vom 17. Sep-  
tember ein:

> ... von allen Würdenträgern der Bundesrepublik ist **Jens Weidmann** der  
einsamste. Erstmals hat am Wochenende ein Regierungsmitglied den **Bun-  
desbank-Präsidenten** öffentlich kritisiert. **Finanzminister Wolfgang Schäu-  
ble** wünschte sich, dass der **Kritiker der wundersamen Geldvermehrung**  
die Klappe halten möge. Auch wenn Schäuble am Dienstag seinen 70. Ge-  
burtstag feiert: Diesen Wunsch sollte ihm Weidmann abschlagen.

Zumal: Der deutsche Ordnungspolitiker erfährt mit seiner **Kritik an Staats-  
anleiheaufkäufen** und Dauer-Niedrigst-Zinspolitik weltweit durchaus Zu-  
spruch. Für unser heutiges Schwerpunktthema "**Streit um die Rolle der  
Notenbanken**" haben meine Kollegen den **finnischen Notenbankchef Erkki  
Liikanen** und den **US-Professor John Taylor** interviewt. Letzterer wird auf  
Seiten der Republikaner als **möglicher Nachfolger** des **US-Notenbankchefs  
Ben Bernanke** gehandelt. In diesen Interviews finden Weidmann - und alle,  
die mit ihm für solide Staatsfinanzen kämpfen - geistige Nervenahrung. <

Ich habe jetzt nicht nachgeschaut, ob die geistige Nervenahrung wirklich geboten wird und  
es ist auch nicht so, daß die Deutsche Bundesbank und auch das Handelsblatt nicht zu kritisie-  
ren wären. Die ökonomischen Probleme – besonders jene, die mit der Währungsverfassung  
verbunden sind-, die wir heute haben, schleppen wir ja schon seit der Gründung der Deut-  
schen Bundesbank mit uns herum. Und die Bundesbank hat selten ein offenes Ohr für die Kri-  
tik gehabt, so wie die konventionellen Wirtschaftsblätter immer gerade das Gegebene zu kon-  
servieren bemüht sind und nur das Neue erwähnt, wenn eine gute Rendite lockt. Aber auch  
hier ist eine Neuorientierung zu verzeichnen. Vor einem Jahr hätte das Handelsblatt wohl noch  
keinen Beitrag zum Vollgeld-Modell und die Wirtschaftswoche keinen Beitrag über Alterna-  
tivwährungen gebracht.

Und jetzt zu dem Impuls gebenden Artikel aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 15. September 2012: Unter dem Titel >„Die EZB erfüllt wieder ihre Aufgabe“ Holger Schmieding, Chef Volkswirt der Berenberg Bank in Hamburg / Experte sieht Euro-Zone auf dem richtigen Weg < berichtet, Albrecht Scheuermann über einen Vortrag, den Schmieding auf Einladung des CDU-Wirtschaftsrates gehalten hat. Mit „Die Notenbank macht jetzt endlich wieder wirksame Geldpolitik. Das ist ihre Aufgabe, das muss sie tun.“ wird Schmieding zitiert. Ich störe mich an den Worten "wirksam" und "Geldpolitik". Wenn die Notenbank eine Deflation oder eine Inflation auslöst, dann ist sie auch wirksam. Wirksam ist die Europäische Zentralbank im Moment aber eindeutig in der Weise, daß sie klammen Staaten aus der Kreditklemme befreien hilft. Das ist aber nicht ihre Aufgabe. Und wenn einer Notenbank in demokratisch verfaßten Staaten die Fähigkeit zur Politik zugesprochen wird, dann müßte sie als vierte Gewalt installiert werden und einen entsprechenden demokratischen Unterbau erhalten. Wenn „Das internationale Vertrauen in die Euro-Zone ist komplett verloren gegangen, ...“ ist, dann tragen die Volkswirte einen erheblichen Anteil daran, weil sie das Thema *Währung* Jahrzehnte lang dogmatisch und nicht rational, wissenschaftlich behandelt haben. Dann heißt es weiter:

> Inflationsgefahren sieht Schmieding nicht - schon allein deshalb, weil die EZB „die unabhängigste Zentralbank der Welt“ sei. Die Notenbanken der USA und Großbritanniens kauften schon lange Staatsanleihen, und das in einem weitaus größeren Umfang als die EZB. Und die Schweizer Notenbank habe beschlossen, unbegrenzt Euro aufzukaufen, um den Kurs des Schweizer Franken im Zaum zu halten - ohne Anzeichen einer Inflationsgefahr. <

Zwischen der Unabhängigkeit der Notenbank der Preisniveaustabilität besteht kein unmittelbarer Zusammenhang. Die Unabhängigkeit der Notenbank wurde eingeführt, damit der Finanzminister keinen Zugriff auf die Notenpresse als Finanzierungsquelle des Staates erhält. Diese Unabhängigkeit soll jetzt in dem Sinne umdefiniert werden, daß die Notenbank unabhängig von den Meinungen und Beschlußlagen der Parlamente Geschäfte tätigen kann, die ihr bisher nicht zustanden. Dabei ist die Währungsverfassung in alter Form schon unzulänglich, sowohl die Vermögenskonzentration wie die Unterbeschäftigung mit hohen Arbeitslosenzahlen haben hier ihre Ursache. Aber das genügt noch nicht, man will die Notenbank zu einer staatlich sanktionierten Fälscherwerksatt umfunktionieren. Und dann besteht auch noch ein Unterschied zwischen EZB und der Fed - der us-amerikanischen Notenbank. Eckhard Beh-

rens vom Seminar für freiheitliche Ordnung beschreibt ihn so:

- > Draghi betreibt Staatsfinanzierung mit der Notenpresse, Bernanke betreibt damit Konjunkturpolitik. Das ist nicht nur eine Frage der Motive, sondern eine der Ziele. Der gesetzliche Auftrag der amerikanischen Notenbank umfasst die Konjunkturpolitik; die Rechtsgrundlagen der EZB lassen die Staatsfinanzierung nicht zu und dulden Anleihekäufe an den Sekundärmärkten nur zu geldpolitischen Zwecken (Offenmarktpolitik). <

<http://www.humane-wirtschaft.de/2012/09/>

Und dann berichtet Scheuermann von der HAZ:

- > In der Diskussion werde fälschlicherweise häufig Liquidität mit Geldmenge gleichgesetzt, bemängelt Schmieding. Die EZB habe den Banken sehr viel Liquidität zur Verfügung gestellt, um die Märkte zu beruhigen. Die Geldmenge - also Bargeld plus Kontoeinlagen der Bürger und Unternehmen - sei dagegen kaum gestiegen. <

Das ist eine verschleierte Schilderung, die offensichtlich beruhigen soll, aber nicht aufklärt.

Liquide ist eine natürliche oder juristische Person, wenn sie zum Zeitpunkt der Fälligkeit einer Forderung diese begleichen kann. Eine Liquidität besteht für eine Person auch, wenn sie über einen Geldhort verfügt und / oder über ein Guthaben oder einen Kredit verfügen kann.

Die Bundesbank sagt in ihrem Glossar:

- > Begriff der „Liquidität“ wird jedoch nicht nur für Vermögensgegenstände verwendet, sondern auch auf Personen oder Unternehmen angewendet. Sie sind liquide, wenn sie ihre laufenden Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen können. So können Personen oder Unternehmen trotz eines hohen Vermögens (z. B. Wertpapiere, Kreditforderungen, Immobilien) illiquide werden, wenn sie ihr Vermögen nicht rechtzeitig in Bargeld oder Bankguthaben transferieren können. Entsprechend ergibt sich die Liquidität einer Bank wesentlich aus ihrem Bestand an Zentralbankgeld und liquiden Wertpapieren, insbesondere Geldmarktpapieren. In diesem Sinne stellt die Zentralbank über ihre Refinanzierungsgeschäfte den Banken „Liquidität“ zur Verfügung. <

Wenn der EZB-Präsident Draghi Anleihekäufe tätigt, dann kann er die aber nicht mit einem Zahlungsziel kaufen, das in der Zukunft liegt, sondern die Käufer wollen Bares oder eine Anweisung auf Zentralbankgeld. Wenn davon trotzdem "die Geldmenge - also Bargeld plus Kontoeinlagen der Bürger und Unternehmen - ... kaum gestiegen" ist, dann liegt das an der Liquiditätsfalle, ein Begriff, der wohl von Keynes geprägt wurde. Im Bundesbankglossar heißt es dazu:

## > Liquiditätsfalle

Situation, in der eine Erhöhung des Geldangebots (= expansive Geldpolitik) keine senkende Wirkung mehr auf den kurzfristigen Zinssatz (beispielsweise bei einem Zinssatz nahe Null) hat. <

Und hier beginnen die eigentlichen Probleme. Die Zentralbanken wissen heute zwar, wie viel Geld sie emittiert haben, aber nicht wie viel davon nachfragewirksam umläuft. Um endlich der Verwirrung Einhalt zu gebieten, sollte immer, wenn vom Geld die Rede ist immer das Bargeld oder das Zentralbankgeld gemeint sein. Das Giralgeld oder Buchgeld, ist kein Geld, sondern es ist kurzfristiges Kapital in Form von Guthaben (Kredite der Einleger an die Bank) oder in Form von Krediten der Bank an ihre Kunden z.B. in Form des Überziehungskredites. Das hiermit auch Verbindlichkeiten beglichen werden können, steht außerhalb jeden Zweifels. Hier wird aber kein Geld übertragen, sondern Ansprüche auf Geld. Wenn das Giralgeld einen Einfluß auf die Geldwertstabilität hat, dann nur in dem Sinn, daß es die Umlaufgeschwindigkeit, die Umschlaghäufigkeit oder den Ausnutzungsgrad des Geldes durch Verkürzung der Übertragungswege erhöht. Jedenfalls ist die Behauptung, die Geschäftsbanken könnten aus dem Nichts oder in der Höhe des Zehnfachen der Einlagen Buchgeld schöpfen, anscheinend nicht ausrottbares Märchen der Volkswirtschaftslehre und auch einiger Geldreformer. Jedenfalls wäre das Giralgeld kein Faktor der Instabilität des Preisniveaus, wenn sie Herr des Umlaufes des Geldes wäre. Aber bisher sind alle Versuche gescheitert, die Wirtschaftswissenschaften und die Notenbankpraktiker von der Notwendigkeit einer Umlaufsicherung des Geldes zu überzeugen. Die Bürger von ganz Europa müssen für diese Ignoranz bitter dafür mit Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen, Verarmung, Geldentwertung büßen.

Das wir trotz der Geldschwemme durch die EZB keine stärkere Inflation haben - 2 % p.a. macht in 10 Jahren auch 20 % -, liegt daran, daß praktisch 2/3 der ausgegebenen Geldmenge gar nicht nachfragewirksam ist. In einem Beitrag im Netz vom Juli 2009 heißt es:

> Bei rund 60 Prozent des in Deutschland umlaufenden Bargelds hat die Bundesbank keine Erkenntnisse, für was die Scheine und Münzen verwendet werden. "Sie können unter dem Kopfkissen liegen oder im Sparstrumpf stecken. Vermutlich aber dient auch ein hoher Anteil zur Bezahlung von Schwarzarbeit, möglicherweise fließt auch viel in die Kriminalität", sagte Bundesbank-Vorstandsmitglied Thilo Sarrazin gestern in Frankfurt.

Eindeutig aber belegt die gestern vorgelegte Studie, dass die Deutschen beim täglichen Einkauf immer noch am liebsten bar zahlen. Der Anteil der Barzahlungen liegt bei 82,5 Prozent. Knapp 12 Prozent entfallen auf die EC-

Karte und nur 1,4 Prozent auf die Kreditkarte. Die Geldkarte spielt kaum eine Rolle. <

<http://www.suedwest-aktiv.de/>

In einem Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Reihe 1: Volkswirtschaftliche Studien, Nr. 20/2011 mit dem Titel "Der Auslandsumlauf deutscher Euro-Banknoten: Schätzung mit direkten Ansätzen" von Nikolaus Bartzsch (Deutsche Bundesbank), Gerhard Rösl (Hochschule Regensburg) und Franz Seitz (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Weiden und WSB Poznan, Polen) heißt es unter:

#### > 5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Das vorliegende Papier versuchte, mit Hilfe direkter Methoden den Auslandsbestand der von Deutschland emittierten Euro-Noten zu ermitteln. Auf der Basis dieser Informationen wird geschätzt, dass Ende 2009 ca. zwei Drittel der kumulierten Nettoemissionen im Ausland gehalten wurden (220 Mrd. €). Der größte Teil davon entfällt auf Länder außerhalb des Euro-Währungsgebiets (etwa 160 Mrd. €), der Rest läuft in anderen EWU-Ländern um. Mit etwa 130 Mrd. € wird nur ein relativ kleiner Teil in Deutschland für Transaktions- und Hortungszwecke verwendet. ...

Nach Schätzung der EZB (2010, S. 36 und 2011b, S. 31) befinden sich zwischen 20 % und 25 % der Gesamtemissionen von Euro-Noten im Extra-EWU-Ausland. Das machte Ende 2009 zwischen 160 und 200 Mrd. € aus. Folglich dürfte zumindest 80 % dieses Auslandsumlaufs aus deutschen Beständen stammen. Das passt auch zur Statistik der Shipments von Banknoten in Nicht-EWU-Länder, nach denen Ende 2009 95 % der kumulierten Nettolieferungen aus Deutschland stammten. Unsere Ergebnisse, wonach etwa 45 % der deutschen Notenemission außerhalb des Euro-Raums umläuft, passen auch gut zu den geschätzten 30 % bis 40 % des Auslandsumlaufs an DM vor der Euro-Bargeldeinführung (Seitz, 1995).<

Da die Euro Ansprüche auf Güter repräsentieren, die auf den Märkten der beteiligten Volkswirtschaften vorhanden sind, also nicht auf Güter, die noch in der Produktion oder schon im Ver- oder Gebrauch sind, ist die relative Preisniveaustabilität<sup>2</sup> des Euro dem Umstand zu verdanken, daß Zweidrittel der Euro-Emission dort nicht aktiv sind, wo sie ihren Anspruch auf Güter haben. Aber dieser Anspruch wurde von der EZB in die Welt gesetzt, ohne auf der Güterseite für ein Äquivalent in Form von Gütern zu sorgen. Auch wenn sich die letztgenannte Untersuchung nur auf die Emission der Bundesbank bezieht, bezogen auf die Gesamtemissionen der beteiligten nationalen Notenbanken, dürfte sich das Bild nicht viel verändern. Nimmt

<sup>2</sup> Relative Preisniveaustabilität deshalb, weil 2% Entwertung p.a. auch eine Inflation ist.

man dann noch die Einschätzung zum Notenumlauf aus 2009 hinzu (Siehe oben!), dann addiert sich die Unsicherheit über die wirksam umlaufende Geldmenge nochmals um die inländischen Geldhorte. Kommen aber die insgesamt gehorteten und im Ausland umlaufenden Euro-Noten in Bewegung und treten als Nachfrage auf den Binnenmärkten auf, dann haben wir eine Superinflation, weil ja keine "Deckung" in Form von Gütern vorhanden sind. In einer solchen Situation ist es der nackte ökonomische und politische Wahnsinn, wenn die EZB unbegrenzt Staatsanleihen durch neu emittierte Noten aufkauft und den wahren Grund der Gefährdung der Europäischen Währung noch erhöht. Das Europäische Zentralbanksystem könnte alternativ zu diesem Verfahren ihre höherwertigen Vermögenswerte (Gold, Devisen und andere), die einen guten Marktpreis haben, verkaufen und dafür faule Staatsschuldtitel erwerben, das wäre aber eine Subvention der verschuldeten Staaten durch die weniger verschuldeten Staaten. Außerdem braucht das EZB-System diese guten Vermögenswerte noch um wenigstens einen Teil der zuviel emittierten Noten durch Verkauf aus dem Verkehr zu ziehen.

Und weiter heißt es in der HAZ:

Schmieding sieht gute Chancen, dass die Krise nun bewältigt wird. Mit dem dauerhaften Rettungsschirm ESM, dem Fiskalpakt und dem jüngsten EZB-Beschluss seien wesentliche Voraussetzungen gegeben. Überhaupt habe die Euro-Zone in Sachen Staatsschulden „viel weniger gesündigt“ als die USA, Großbritannien oder Japan. Und im Süden Europas seien radikalere Reformen im Gang als in Deutschland mit „Hartz IV“. Europa dürfte in wenigen Jahren deutlich besser dastehen als andere Regionen.

Hier - wie in der großen Zahl der Berichterstattungen - wird nicht gesagt, daß die Verschuldungskrise an sich keine Gefährdung des Euro, der Geldwertstabilität ist. Es sei denn, die Doppelkrise wird erst durch die Ankäufe von Staatsschuldtitel durch die Zentralbank ohne Rücksicht auf die erforderliche Menge des umlaufenden Geldes hergestellt. In Wirklichkeit geht es bei der Inhaftungnahme aller Steuerzahler auch gar nicht um die Rettung des Euro, sondern um die Rettung der notleidend gewordenen Forderungen der Reichen. Heute ist im Netz zu lesen:

Neuer Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung  
Reiche trotz Finanzkrise immer reicher

18.09.2012, 06:13

[Von Thomas Öchsner, Berlin](#)

Die Deutschen werden reicher: Das Nettovermögen der privaten Haushalte

hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehr als verdoppelt - auf 10 Billionen Euro. Doch der Armutsbericht der Bundesregierung zeigt auch, wie ungleichmäßig der Wohlstand verteilt ist. Die reichsten zehn Prozent der Deutschen verfügen über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, der unteren Hälfte der Haushalte bleibt gerade mal ein Prozent. Und auch der Staat wird immer ärmer.

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/neuer-armuts-und-reichtumsbericht-der-bundesregierung-reiche-trotz-finanzkrise-immer-reicher-1.1470673>

Die Verschuldung ist auch ein gutes Geschäft für diejenigen, die schon viel haben. Die Zinspumpe (Dividenden sind auch Zinsen), die jeweils Einkommen von den Gering-Vermögenden nach den Viel-Vermögenden pumpt, also von den Armen zu den Reichen. Sie wirkt aber nicht nur aufgrund der Schuldverhältnisse, die in den Büchern der Banken festgehalten sind, sondern auch bei allen Marktteilnehmern, auch bei den meisten, die glauben, gut betucht zu sein. Das ist so, weil in den Produktpreisen die Verzinsung des eingesetzten Kapitals mit einkalkuliert ist. Wenn man die Wirtschaftsbürger entsprechend ihres Vermögens in eine Zehnergruppe aufteilt, dann sind bei der Saldierung von eingenommenen und gezahlten Zinsen acht Gruppen Verlierer, eine Gruppe kommt mit einem Plus-Minus heraus und nur eine Gruppe, also 10 % gehören zu den Umverteilungsgewinnern. Helmut Creutz hat diese Zusammenhänge gut herausgearbeitet. Siehe: [www.helmut-creutz.de](http://www.helmut-creutz.de) oder: „3007-2-HW – Helmut Creutz: „Meine zehn wichtigsten Grafiken“, DVD-Video / [www.shop.humane-wirtschaft.de](http://www.shop.humane-wirtschaft.de)

Wer sich nun für eine größere Verteilungsgerechtigkeit einsetzen will, muß sich dafür einsetzen, daß wir zu einem transaktionsneutralem, fließenden Geld kommen, das sich auch noch dann zur Verfügung stellt, wenn der Zins unter 3% sinkt oder gar in den negativen Bereich rutscht. Das ist durch eine andere Währungsverfassung möglich, ohne daß der Zins seine Lenkungsfunction als Preis für die Überlassung von Liquidität aufgegeben werden muß. Für die Banken würde das bedeuten, daß sie noch weniger als heute schon ihre Erträge nicht so sehr aus der Differenz von Soll- und Habenzinsen, sondern aus den Erlösen für Dienstleistungen erwirtschaften müssen.

In Bezug auf die deutschen Staatsschulden heißt es in einem Beitrag von Gerhardus Lang in einem Kommentar vom 14. Sept. 2012 unter dem Titel: [„ESM – Der Rettungsschirm ist gerettet und darf jetzt retten](#), fragt sich nur: Wen oder was eigentlich?

> Übrigens sind alle seit 40 Jahren neu aufgenommenen Schulden nur für die Zinsen der schon bestehenden Schulden ausgegeben worden, jedes Jahr wachsend, und keine müde Mark und kein schöner Euro für irgendetwas sonst. Und diese Zinsen flossen alle denen zu, die das hierdurch erzielte

Einkommen dazu benutzen, den Staaten wieder neue Schulden zu ermöglichen. Wirklich eine gut melkende Kuh, die das ewige Leben für sich hat und jedes Jahr mehr Ertrag abwirft. Da klingt der Abschluss des Kommentars als der ewige Refrain, den man schon so oft gehört und der einem zum Hals heraushängt: ...<

<http://www.humane-wirtschaft.de/2012/09/>

Oder wie es bei Paul Kirchhof in seinem Beitrag „Der steinige Weg zurück“ in der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 16. September 2012 heißt:

>Der Kredit ist kein Finanzierungsinstrument des Staates. Das lehrt unsere Geschichte. Deutschland hat in den Jahren 1950 bis 2008 1,6 Billionen Schulden aufgenommen, dabei aber 1,5 Billionen Zinsen gezahlt. Ein kurzfristiger Liquiditätsgewinn führt zu langfristigem Liquiditätsverlust. Die Zinsen sind bezahlt, die Schulden sind geblieben.<

Kirchhof sagt auch:

>Kaum jemand ist in der Lage, die Verträge und die Menschen zu nennen, die einem Staat Kreditlasten aufgebürdet haben, die den Staat in seiner Existenz gefährden.<

und:

> Die gegenwärtige Verschuldungskrise ist in der Europäischen Union durch chronische Rechtsverletzungen entstanden. Die in Zahlen ausgedrückte Verschuldungsgrenze (drei Prozent, sechzig Prozent des BIP), die finanzielle Eigenverantwortlichkeit der Staaten, das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB und deren Unabhängigkeit sind missachtet worden. <

Man kann den Mitgliedern des Bundestages und der Bundesregierung, sowie den Volksvertretern der anderen europäischen Staaten sicher nicht vorwerfen, daß sie böswillig das Recht gebrochen haben und die Menschen in Deutschland und Europa in einen Zustand führen, wo die Idee von der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nur noch als Worthülsen bestehen. Aber faktisch hat sich die Politik auf das Niveau von organisierter Kriminalität und Fälscherbanden begeben. Und viele haben diesem Handeln mit ihrer Stimme nur zugestimmt, weil ihnen gesagt wurde, ihre Zustimmung sei die einzige Möglichkeit, Europa zu retten. Da aber ein Zusammenhang zwischen Überschuldung von Staaten und der Stabilität des Euro von der Sache her nicht gegeben ist und nicht künstlich hergestellt werden muß, wenn man es politisch nicht will, ist es auch kein Problem, Staaten wirklich in den Konkurs gehen zu lassen. Dabei wären solche Konkurse eine Chance, die vielfach geforderten Vermögensabgaben ohne großes politisches Palaver durchzuführen. Die Rettungsfonds könnte man ja einsetzen um Vermögen z. B.

bis 10.000 € vor Verlusten zu schützen. Eckhard Behrens vom Seminar für freiheitliche Ordnung ( [www.sffo.de](http://www.sffo.de)) schreibt in seinem Beitrag zu „[Vereinigte Staaten von Europa?](#)“ vom 2. September, 2012:

Ein sachgerechtes Insolvenzverfahren für Euro-Mitgliedstaaten führt zum weitgehenden Schuldenerlass und zur Wiederherstellung der Kapitalmarktfähigkeit. Ein solches Verfahren zu schaffen, bedeutet „mehr Europa“, aber andererseits Respekt vor der Haushaltsautonomie der Mitgliedstaaten. Ich habe das hier schon in einem früheren Beitrag zum Bailout-Verbot näher ausgeführt. Horst Köhler sagte als Bundespräsident schon am 22.03.2010 in einem FOCUS-Interview (Seite 5 und 6) es sei „an der Zeit, das für viele Undenkbare zu denken: Wir brauchen geordnete Insolvenzverfahren nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Staaten.“

Am Sonntagmorgen las ich beim Bäcker in der ausliegenden Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 16. 9. die Schlagzeile >Schäuble rüffelt Weidmann – Debatte über Anleihekäufe „nicht halböffentlich“. Barroso: Wir überwachen die EZB < . Zu lesen ist in dem Artikel:

> Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat den Bundesbankpräsidenten Jens Weidmann für dessen Kritik an den EZB-Anleihekäufen gerüffelt. „Ich bin mir nicht sicher, ob es zur Stärkung des Vertrauens in die Notenbank beiträgt, wenn diese Debatte halböffentlich geführt wird“, sagte Schäuble, an die Adresse von Weidmann gerichtet, in einem Interview der F.A.S. „Die Bevölkerung ist tief verunsichert“, fügte der Minister hinzu. „Und die Notenbanken sind eine der Institutionen, denen die Bürger grundsätzlich Vertrauen entgegenbringen.“ <

Aus dem Tenor der Berichterstattung geht ja hervor, daß der Finanzminister sich nicht dafür einsetzt, daß die Debatte offen, statt halboffen geführt werden sollte, sondern daß der Bundesbankpräsident seinen Mund halten und den Anleihekäufen zustimmen soll. Hier fordert ein Inhaber eines hohen Staatsamtes den Präsidenten eines anderen Staatsamtes - das ist die Bundesbank auch bei ihrer Unabhängigkeit - auf zur Untreue im Amt. Das paßt doch nicht zu dem Bild, das Wolfgang Schäuble, der Siebzigjährige, in der Öffentlichkeit abgibt. Man sieht hier den das Gewissen deformierenden Druck von falschen Vorstellungen.

> Schäuble verteidigte wie EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso den Beschluss der Europäischen Zentralbank, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen aus Krisenstaaten aufzukaufen, um so deren Zinskosten und Schuldenlast zu reduzieren. <

Die Zinslast wird auf diese Weise nur anders verteilt und nicht aufgehoben, weil die Schul-

denzinsen nur einen Teil der Zinslast ausmachen. Und für die Entlastung der Länder mit schlechten Konditionen dürfen die Länder mit den besseren Konditionen mehr zahlen, aber alle haben die Entwertung des Euros zu ertragen. Eine tolle politische Leistung.

„Ich will keinen Superstaat“ lautet das Zitat im Titel des Interviews mit Kommissionspräsident >José Manuel Barroso in der gleichen Ausgabe der FAS <sup>3</sup>. Er ist dankbar für die Unterstützung von Bundestag und Bundesrat. Die Frage ist nur, ob die Mitglieder dieser Gremien noch etwas anderes tun können, als das - was ihnen vorgelegt wird – abzunicken. In dem Interview stehen Sätze, die durchaus in meinen Ohren gut klingen. Nur ich befürchte, auch ein Barroso ist nicht mehr sein eigener Herr. Die politische Vorstellungswelt, die sich herausgebildet hat, erzwingt einen Gleichschritt, der zwangsläufig in einen Superstaat mit noch mehr ökonomischen Problemen führt, als wir sie jetzt schon haben. Die Okkopy-Bewegung und andere Protestgruppen verpulvern ihre Munition ohne Wirkung, weil ihre Marschrichtung ohne geeigneten Kompaß bestimmt wird. Und unsere Medien sind ein Teil des Problem und kommen deshalb über gute Ansätze nicht hinaus. Die Parlamentarier vergeuden ihre Zeit mit der Suche nach Schuldigen für die Pannen in der Aufklärung der NSU-Bande, wollen dem Volk glauben machen, daß die Gefahr der Gesellschaftszerstörung dort liegt und versäumen ihr eigenes destruktives Verhalten aufzuklären und zu überwinden. Die Folge:

### **Europa verliert seinen Reiz**

In einem Bericht von Nora Lysk in der HAZ vom 18. 9. 12. steht:

> Die Deutschen sind zunehmend europamüde. Das belegt eine Studie des Meinungsforschungsinstituts Emnid. Demnach sind nur noch 65 Prozent überzeugt davon, dass der Euro ihnen Vorteile bringt. <

TA

---

3) Seine Aussagen zur Spareinlagensicherung schaffen m.E. keine Klarheit, sondern verschleiern Absichten:

**FSA: *Deutsche Sparkassen und Volksbanken laufen Sturm gegen eine Europäisierung der Spareinlagensicherung. Dies zerstöre das Vertrauen ihrer Kunden.***

Barroso: Diese Ängste sind total übertrieben und haben nichts mit unseren Vorschlägen zu tun. Unsere absolute Priorität ist die Schaffung des einheitlichen Aufsichtsmechanismus für Banken. Nur auf dieser Basis können wir Vertrauen schaffen. Darauf aufbauend, müssen wir uns dann einem besseren gemeinsamen Management für Bankenrisiken widmen, insbesondere der geordneten Abwicklung von Banken. Ich will nicht die Spareinlagen der Deutschen nehmen und damit die Spareinlagen der Spanier absichern. Das ist undenkbar! Wir wollen die Stabilität des gesamten Bankensektors in der Eurozone erhöhen. Ich bin sicher, dass dies im deutschen Interesse und im Interesse der deutschen Sparer liegt.

**FSA: *Das heißt, ein Teil der Einlagen wird vergemeinschaftet?***

Barroso: Darum geht es nicht. Herr Van Rompuy, der Präsident des Europäischen Rates, Herr Draghi, der EZB-Präsident, Herr Juncker, der Eurogruppenchef, und ich haben im Juni etwas anderes angeregt: Es soll in der Zukunft um eine stärkere europäische Dimension bei der Spareinlagensicherung geben.

Nachträge vom 19. September 2012

1. Heute traf das Buch „**Das Geld Syndrom 2012 Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung / Aktualisierte Neuauflage**“ von Helmut Creutz ein. Ich kann das Buch zur Klärung der Fragen, wie unser heutiges Geld wirkt, sehr empfehlen. Das Buch eignet sich gut für die innerbetriebliche Fortbildung im Bereich der Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Als ich das Buch willkürlich aufschlug, fiel mein Blick auf Seite 128 auf ein Zitat von Dieter Suhr, das Creutz als Motto benutzt. Es lautet:

»Kredit kostet Zinsen. Die Zinsen belasten die Letztverbraucher und die Unternehmer, die sich zu ihrem Konsum- oder Investitionsbedarf das Geld hinzu borgen. Die Zinsen entziehen also den Letztverbrauchern und Unternehmern wiederum Geld, obgleich bei ihnen schon ohnehin zu wenig war, und sie fließen hin zu dem Anleger, bei dem ohnehin schon so viel Geld war, dass sich ein Überschuss seiner Gelder über seinen Bedarf ergeben hatte.«

Dieter Suhr war bis zu seinem Tode am 28. 8. 1990 durch einen Unfall auf Kreta Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik. Er hat in kurzer Zeit mehrere Bücher zum Thema Geld geschrieben. Das Zitat ist aus dem Buch „Wachstum bis zur Krise“. Die Benennung weiterer Titel finde man, wenn sein Name in eine Suchmaschine eingegeben wird.

2. Im Deutschland Radio wurde heute ein Link zum Thema der Europäisierung der Spareinlagensicherung gesendet. Es wurde gegen diese Absicht argumentiert, aber ausgehend von der Annahme, daß Banken Giralgeld schöpfen können, darauf hingewiesen, daß die Sicherungsfonds der Sparkassen, der Genossenschaftsbanken und der Privatbanken unzureichend wären. Es wurde den Hörern empfohlen über alternative Geldmodelle nachzudenken, z. B. über das Vollgeld-Modell. Der Link zur Sendung, den ich erhielt lautet:

[http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2012/09/19/drk\\_20120919\\_0721\\_17889357.mp3](http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2012/09/19/drk_20120919_0721_17889357.mp3)

Inzwischen kann ich diese Information ergänzen. Der Sender ist Deutschlandradio Kultur. Der Autor ist Helge Peukert, die Sendezeit war: Sendezeit: 19.09.2012 / 07:21, 3:55 Minuten  
Nachgelesen werden kann Text unter:

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1869955/>

Der Autor Helge Peuker, Jahrgang 1956, ist Professor am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Finanzsoziologie an der Universität Erfurt. Ich habe sein Buch „Die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise / Eine kritisch-heterodoxe Untersuchung“ - leider noch ungelesen – vorliegen.

3. Dann bekam ich noch einen Link zugesandt, der den Zugang zu einem Rede-Text vom Bundesbank-Präsidenten Jens Weidmann ermöglicht. Der Vortrag wurde im Rahmen des 18. Kolloquiums des Instituts für bankhistorische Forschung (IBF) gehalten. Der Titel des Textes vom 19. 9. 2012 lautet: „**Bundesbank: Euro ist bedruckte Baumwolle**“. Wenn ich die Zustimmung dafür erhalte, veröffentliche ich diesen Text als gesonderte Datei in der Textreihe unter der Vorziffer 108. Für alle Fälle füge ich aber den Link zu dem Text ein.

[http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2012/2012\\_09\\_18\\_weidmann\\_begruessungsrede.html](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2012/2012_09_18_weidmann_begruessungsrede.html)